Stellungnahme zur Frage,

ob der Gemeinderat über den Antrag dem Beschlussvorschlag in der BV-0050/2017 abstimmen durfte.

Der Gemeinderat ist grundsätzlich dazu berufen, über die Anträge, die in den Gemeinderat eingebracht wurden, abzustimmen.

In der Sitzung wurde jedoch durch den Gemeinderat Herrn Appenrodt ein Antrag gemäß § 48 Abs. 3 KVG LSA gestellt, den Beschluss im Gemeinderat noch nicht zu fassen, sondern ihn in den entsprechenden Ausschuss zu verweisen. Aus den Unterlagen ist dies nicht klar erkennbar, aber Herr Appenroth dürfte den Antrag als Fraktionsvorsitzender gestellt haben und somit auf § 48 Abs. 3 Satz 2 KVG LSA Bezug genommen haben. Danach darf u.a. eine Fraktion (nicht aber ein einzelnes Gemeinderatsmitglied) den Antrag auf Verweisung stellen. Wurde der Antrag noch nicht vorberaten, muss der dann in den zuständigen Ausschuss überwiesen werden.

Wenn Herr Appenroth als Fraktionsvorsitzender für die Fraktion den Antrag stellte, könnte eine solche Verweisung angezeigt gewesen sein.

§ 48 KVG LSA unterscheidet dabei nicht zwischen „Anträge“ und „Beschlussvorlagen“. Es geht vielmehr darum, dass die Angelegenheiten, die durch den Gemeinderat entschieden werden, zuvor im (zuständigen beschließenden) Ausschuss vorberaten werden. Auch Beschlussvorlagen sind insoweit Anträge, weil sie nur dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt werden, wenn ein oder mehrere Mitglieder des Gemeinderats den Beschlussvorschlag zum Antrag, über den der Gemeinderat zu befinden hat, erheben.

Fraglich könnte hier aber sein, ob der Antrag „noch nicht vorberaten“ wurde, denn die Zahlung eines Betrages in Höhe von maximal 70.900 Euro an den Verein „Mehrgenerationenzentrum Barleben e.V.“ wurde bereits am 15.12.2016 (BV-0105/2016) beschlossen.

Aufgrund des Beschlusses aus dem Dezember war der Bürgermeister ohnehin gehaltenen, in Ausführung des Beschlusses eine Zahlung an den Verein vorzunehmen. Insoweit bedurfte es keinen

weiteren Beschlusses des Gemeinderats und dementsprechend auch keine weitere Vorberatung in einem Ausschuss. Die Beschlussfassung des Gemeinderats aus dem Dezember 2016 hätte die Auszahlung des Betrages an den Verein „Mehrgenerationenzentrum Barleben e.V.“ auch getragen.

Der Bürgermeister ist erst gehalten, dem Gemeinderat eine bereits beschlossene Maßnahme erneut vorzulegen, wenn sich Grundlagen, die für die Entscheidung wesentlich gewesen sind, vor der Umsetzung der Maßnahme maßgeblich verändert haben.

Allerdings steht es im Ermessen des Bürgermeisters in Zweifelsfällen die Sache dem Gemeinderat erneut vorzulegen. Dies ist hier erfolgt.

Dabei ist zudem die Zielrichtung des Antrags verändert worden. Diese geht nunmehr dahin, dass der Gemeinderat „der Abweichung von der bindenden Festlegung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes 2016 in Bezug auf den Defizitausgleich für den Verein „Mehrgenerationenzentrum e.V.“ zustimmt“.

Zwar geht es weiterhin um den Zuschuss für den Verein, es wird aber zudem um Zustimmung zu einem bestimmten Verfahren nachgesucht. Darin ist ein neuer Antrag zusehen.

Damit war der Antrag noch „nicht vorberaten“.

§ 48 Abs. 3 Satz 2 KVG LSA ist eigentlich zwingend, was sich aus der Formulierung „muss“ ergibt.

Dementsprechend hätte hier grundsätzlich entsprechend der Antragstellung eine Überweisung an den zuständigen Ausschuss erfolgen müssen.

Aufgrund der besonderen Situation könnte sich hier aber eine andere Situation ergeben. In der Beschlussvorlage wird begründet, dass zum Erhalt der Begegnungsstätte des Vereins „Mehrgenerationenzentrum Barleben e.V.“ die entsprechende Zahlung unbedingt zeitnah erfolgen musste. Offen bleibt dabei, ob aufgrund dieser Dringlichkeit überhaupt noch eine Ausschusssitzung und eine Gemeinderatssitzung zeitlich durchgeführt werden konnten, ohne dass sich die Sache insoweit selbst erledigt, als dass der Verein seine Arbeit einstellen oder gar Insolvenz anmelden muss. In einem solchen Fall wäre die Rettung des Vereins dann nur noch durch eine Entscheidung des Bürgermeisters (zum Eilentscheidungsrecht siehe § 65 Abs. 4 KVG LSA) nicht aber durch eine Entscheidung des Gemeinderats möglich gewesen.

Wäre mit der Verweisung an den Ausschuss klar gewesen, dass eine rechtzeitige Entscheidung des Gemeinderats zeitlich nicht mehr zu erreichen und nur noch ein Eilentscheidung des Bürgermeisters

möglich ist, so wäre der Zweck des § 48 Abs. 3 KVG LSA nicht nur verfehlt, sondern in das Gegenteil verkehrt worden. Der Antrag gemäß § 48 Abs. 3 S. 2 KVG LSA wäre dann zum Recht einer Fraktion verformt, dem Gemeinderat eine Entscheidung zu entziehen. Dies ist nicht gewollt und wäre durch eine entsprechende Auslegung des § 48 Abs. 3 S. 2 KVG LSA zu korrigieren.

Dementsprechend könnte in einem solchen Fall der Gemeinderat trotz eines solchen (rechtsmissbräuchlichen) Antrags einer Fraktion über den Antrag in Form der Beschlussvorlage entscheiden, ohne ihn zuvor an den zuständigen Ausschuss verwiesen zu haben.

Ob dieser Ausnahmefall vorliegen gegeben ist konnte aufgrund der zur Verfügung gestellten Unterlagen nicht abschließend geprüft werden.

Prof. Dr. Ulf Gundlach

P.S.

Es sei darauf verwiesen, dass selbst wenn im vorliegenden Fall eine Verletzung des § 48 Abs. 3 S. 2 KVG LSA vorliegen sollte, diese Rechtsverletzung das Verhalten einiger Gemeinderatsmitglieder (an der Ratssitzung, Abstimmung nicht mehr teilzunehmen) nicht rechtfertigt kann. Gemäß § 54 KVG LSA hat das ehrenamtliche Mitglied der Vertretung (also jedes ehrenamtliche Gemeinderatsmitglied) an den Sitzungen, Abstimmungen und Wahlen des Gemeinderats teilzunehmen. Diese Pflicht besteht unabhängig davon, ob eine andere Person sich zuvor rechtswidrig verhielt. Die Nichtteilnahme an der Sitzung oder an einer Abstimmung darf dementsprechend auch nicht als „politische Willensbekundung“ oder als „politische Missbilligung“ missverstanden und instrumentalisiert werden. Erfolgt dies gleichwohl, so kann dieses Verhalten entsprechend sanktioniert werden (§§ 32 Abs. 5, 31 Abs. 2 KVG LSA).